

Geschäftsverzeichnismrn. 1964, 2004, 2016,
2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022

Urteil Nr. 131/2001
vom 30. Oktober 2001

URTEILSAUSZUG

In Sachen: Präjudizielle Fragen in bezug auf Artikel 57 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, abgeändert durch Artikel 65 des Gesetzes vom 15. Juli 1996, gestellt vom Arbeitsgericht Antwerpen, vom Arbeitsgericht Lüttich und vom Arbeitsgericht Brüssel.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden A. Arts und M. Melchior, den Richtern L. François, P. Martens, R. Henneuse, M. Bossuyt, E. De Groot, L. Lavrysen, A. Alen, J.-P. Snappe und J.-P. Moerman, und dem emeritierten Vorsitzenden H. Boel gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des emeritierten Vorsitzenden H. Boel,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der präjudiziellen Fragen*

a. In seinem Urteil vom 3. Mai 2000 in Sachen P. Owusu gegen das Öffentliche Sozialhilfzentrum Antwerpen, dessen Ausfertigung am 10. Mai 2000 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat das Arbeitsgericht Antwerpen folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Verstößt Artikel 57 § 2 des ÖSHZ-Gesetzes gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, indem diese Bestimmung auch auf Ausländer anwendbar ist, die gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember 1999 über die Regularisierung des Aufenthalts bestimmter Kategorien von Ausländern, die sich auf dem Staatsgebiet des Königreichs aufhalten, einen Regularisierungsantrag eingereicht haben, wodurch sie kraft einer Gesetzesbestimmung, im vorliegenden Fall Artikel 14 des vorgenannten Gesetzes, nicht ausgewiesen werden können, solange ihr Regularisierungsantrag geprüft wird, während Ausländern, die sich legal im Königreich aufhalten, und Ausländern, deren Asylantrag abgewiesen wurde und die beim Staatsrat Klage gegen die abschlägige Entscheidung des Generalkommissars für Flüchtlinge und Staatenlose oder des Ständigen Widerspruchsausschusses erhoben haben, sehr wohl Hilfe gewährt werden kann? »

Diese Rechtssache wurde unter der Nummer 1964 ins Geschäftsverzeichnis des Hofes eingetragen.

b. In seinem Urteil vom 29. Juni 2000 in Sachen A. Akcadag gegen das Öffentliche Sozialhilfzentrum Bassenge und gegen den Belgischen Staat, dessen Ausfertigung am 4. Juli 2000 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat das Arbeitsgericht Lüttich folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Verstößt Artikel 57 § 2 des [ÖSHZ-] Gesetzes vom 8. Juli 1976, so wie er sich nach dem am 22. April 1998 vom Schiedshof verkündeten Urteil darstellt, gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, soweit er ohne vernünftige und erkennbare Rechtfertigung Personen, die sich in grundverschiedenen Situationen befinden, gleich behandelt, und zwar diejenigen, die vom Staatsgebiet entfernt werden dürfen, weil sie nicht die Regularisierung ihres Aufenthalts beantragt haben, und diejenigen, die aufgrund einer zwingenden Gesetzesbestimmung, und zwar Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999, nicht vom Staatsgebiet entfernt werden dürfen? »

Diese Rechtssache wurde unter der Nummer 2004 ins Geschäftsverzeichnis des Hofes eingetragen.

c. In fünf Urteilen vom 11. Juli 2000 in Sachen M. Camara, C. Bahati Kizungu, A. El Mouchik, Z. Ristic und A. El Hammouchi gegen die Öffentlichen Sozialhilfezentren Anderlecht, Brüssel und Sint-Jans-Molenbeek und gegen den Belgischen Staat, deren Ausfertigungen am 19. Juli 2000 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen sind, hat das Arbeitsgericht Brüssel folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Verstößt Artikel 57 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, so wie er durch Artikel 65 des Gesetzes vom 15. Juli 1996 und durch die am 22. April 1998, am 21. Oktober 1998 und am 30. Juni 1999 vom Schiedshof verkündeten Urteile abgeändert wurde, gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, in Verbindung mit den Artikeln 23 und 191 der Verfassung, Artikel 11 Absatz 1 des am 19. Dezember 1966 in New York abgeschlossenen Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Artikel 3 der am 4. November 1950 in Rom abgeschlossenen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, indem er entweder mit ausreichender und angemessener Rechtfertigung oder ohne solche Rechtfertigung eine Gleichbehandlung von Ausländern, denen eine vollstreckbare Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, notifiziert worden ist und die entfernt werden können, einerseits und Ausländern, denen eine vollstreckbare Anweisung notifiziert worden ist und die während der Untersuchung ihres Regularisierungsantrags in Anwendung von Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 über die Regularisierung des Aufenthalts bestimmter Kategorien von Ausländern, die sich auf dem Staatsgebiet des Königreichs aufhalten, nicht entfernt werden, andererseits vorsieht? »

Diese Rechtssachen wurden unter den Nummern 2016 bis 2020 ins Geschäftsverzeichnis des Hofes eingetragen.

d. In seinem Urteil vom 19. Juli 2000 in Sachen G. Allison gegen das Öffentliche Sozialhilfezentrum Elsene und gegen den Belgischen Staat, dessen Ausfertigung am 26. Juli 2000 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat das Arbeitsgericht Brüssel folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Verstößt Artikel 57 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, so wie er durch Artikel 65 des Gesetzes vom 15. Juli 1996 und durch die am 22. April 1998, am 21. Oktober 1998 und am 30. Juni 1999 vom Schiedshof verkündeten Urteile abgeändert wurde, gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, in Verbindung mit den Artikeln 23 und 191 der Verfassung, Artikel 11 Absatz 1 des am 19. Dezember 1966 in New York abgeschlossenen Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Artikel 3 der am 4. November 1950 in Rom abgeschlossenen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, indem er entweder mit ausreichender und angemessener Rechtfertigung oder ohne solche Rechtfertigung eine Gleichbehandlung von Ausländern, denen

eine vollstreckbare Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, notifiziert worden ist und die dieser Anweisung freiwillig oder gezwungenermaßen Folge leisten können, einerseits und Ausländern, denen eine vollstreckbare Anweisung notifiziert worden ist und die während der Untersuchung ihres Regularisierungsantrags in Anwendung von Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 über die Regularisierung des Aufenthalts bestimmter Kategorien von Ausländern, die sich auf dem Staatsgebiet des Königreichs aufhalten, nicht mit Gewalt entfernt werden, andererseits vorsieht? »

Diese Rechtssache wurde unter der Nummer 2021 ins Geschäftsverzeichnis des Hofes eingetragen.

e. In seinem Urteil vom 19. Juli 2000 in Sachen P. Do Zumbu gegen das Öffentliche Sozialhilfezentrum Elsene, dessen Ausfertigung am 26. Juli 2000 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat das Arbeitsgericht Brüssel die unter d) angeführte sowie folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Verstößt Artikel 57 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, so wie er durch Artikel 65 des Gesetzes vom 15. Juli 1996 und durch die am 22. April 1998, am 21. Oktober 1998 und am 30. Juni 1999 vom Schiedshof verkündeten Urteile abgeändert wurde, gegen die Artikel 10 und 11, in Verbindung mit den Artikeln 23 und 191 der belgischen Verfassung, wenn er dahingehend ausgelegt wird, daß er eine unterschiedliche Behandlung der Ausländer, die einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling eingereicht haben, der aber abgewiesen wurde, und denen eine Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, erteilt worden ist, solange die Klagen, die sie beim Staatsrat gegen die Entscheidung des Generalkommissars für Flüchtlinge und Staatenlose gemäß Artikel 63/3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 oder gegen die Entscheidung des Ständigen Widerspruchsausschusses für Flüchtlinge erhoben haben, nicht erledigt sind, einerseits und der Ausländer, denen eine Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, erteilt worden ist, etwa nach einem vom Ausländeramt gefaßten Beschluß zur Aufenthaltsverweigerung, und die beim Staatsrat gegen diese Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, Klage erhoben haben, nicht aber gegen die vorherige Entscheidung der zuständigen Behörde, durch welche der Aufenthalt in Belgien verweigert wurde, andererseits vorsieht? »

Diese Rechtssache wurde unter der Nummer 2022 ins Geschäftsverzeichnis des Hofes eingetragen.

(...)

IV. *In rechtlicher Beziehung*

(...)

In Hinsicht auf die Rechtssachen Nrn. 1964, 2004, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 sowie in Hinsicht auf die erste präjudizielle Frage in der Rechtssache Nr. 2022

Beanstandete Bestimmungen

B.1.1. Laut Artikel 57 § 1 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren (nachfolgend: ÖSHZ-Gesetz) hat das öffentliche Sozialhilfezentrum die Aufgabe, Personen und Familien die Unterstützung zu gewährleisten, die die Gemeinschaft ihnen schuldig ist. Die Unterstützung leistet nicht zwangsläufig finanzielle Hilfe, sondern kann auch materieller, sozialer, medizinischer, sozialmedizinischer oder psychologischer Art sein.

B.1.2. Artikel 57 § 2 des ÖSHZ-Gesetzes, ersetzt durch Artikel 65 des Gesetzes vom 15. Juli 1996 « zur Abänderung des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern und des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren » und teilweise durch den Hof im Urteil Nr. 43/98 vom 22. April 1998 für nichtig erklärt, bestimmt:

« § 2. In Abweichung von den anderen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes beschränkt sich die Aufgabe des öffentlichen Sozialhilfezentrums gegenüber einem Ausländer, der sich illegal im Königreich aufhält, auf die Gewährung dringender medizinischer Hilfe.

Der König kann bestimmen, was unter dringender medizinischer Hilfe zu verstehen ist.

Ein Ausländer, der sich als Flüchtling gemeldet und die Anerkennung als solcher beantragt hat, hält sich illegal im Königreich auf, wenn der Asylantrag abgelehnt und dem betreffenden Ausländer eine vollstreckbare Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, notifiziert worden ist.

Sozialhilfe zugunsten eines Ausländers, der zum Zeitpunkt, wo ihm eine vollstreckbare Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, notifiziert wird, tatsächlich Empfänger ist, wird mit Ausnahme der dringenden medizinischen Hilfe am Tag eingestellt, an dem der Ausländer das Staatsgebiet effektiv verläßt, und spätestens am Tag, an dem die Frist der Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, abläuft.

Von den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes wird während der Frist abgewichen, die unbedingt notwendig ist, damit der Ausländer das Staatsgebiet verlassen kann, sofern er eine Erklärung zur Bestätigung seiner ausdrücklichen Absicht, das Staatsgebiet möglichst schnell zu verlassen, unterschrieben hat; diese Frist darf auf keinen Fall einen Monat überschreiten.

Obenerwähnte Absichtserklärung kann nur einmal unterschrieben werden. Das Zentrum setzt unverzüglich den Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Einreise ins Staatsgebiet, der Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern gehören, und die betreffende Gemeinde von der Unterzeichnung der Absichtserklärung in Kenntnis. »

B.1.3. Die präjudiziellen Fragen beziehen sich alle auf die Vereinbarkeit der beanstandeten Bestimmung, dahingehend interpretiert, daß sie auf Personen anwendbar ist, die aufgrund des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 über die Regularisierung des Aufenthalts bestimmter Kategorien von Ausländern, die sich auf dem Staatsgebiet des Königreichs aufhalten, einen Regularisierungsantrag eingereicht haben, mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung.

B.1.4. Artikel 2 dieses Gesetzes bestimmt:

« Unbeschadet der Anwendung von Artikel 9 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern ist vorliegendes Gesetz anwendbar auf Anträge auf Regularisierung des Aufenthalts, die eingereicht werden von Ausländern, die sich bereits am 1. Oktober 1999 tatsächlich in Belgien aufhielten und die zum Zeitpunkt des Antrags:

1. entweder die Anerkennung als Flüchtling beantragt haben, ohne innerhalb einer Frist von vier Jahren einen vollstreckbaren Beschluß erhalten zu haben; diese Frist wird für Familien mit minderjährigen Kindern, die sich am 1. Oktober 1999 in Belgien aufhielten und das für den Schulbesuch erforderliche Alter haben, auf drei Jahre reduziert,

2. oder aus Gründen, die unabhängig von ihrem Willen sind, weder in das Land oder die Länder, wo sie sich vor ihrer Ankunft in Belgien gewöhnlich aufgehalten haben, noch in ihr Herkunftsland, noch in das Land, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, zurückkehren können

3. oder schwer krank sind

4. oder humanitäre Umstände geltend machen können und in Belgien dauerhafte soziale Bande haben. »

B.1.5. Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 lautet:

« Außer für Entfernungmaßnahmen aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder nationalen Sicherheit oder wenn der Antrag den Bestimmungen von Artikel 9 offensichtlich nicht entspricht, wird *de facto* keine Entfernung zwischen dem Zeitpunkt der Einreichung des Antrags und dem Tag eines in Anwendung von Artikel 12 gefaßten negativen Beschlusses vorgenommen. »

Zur Hauptsache

B.2.1. Artikel 57 des ÖSHZ-Gesetzes nimmt bei der Sozialhilfe einen Unterschied zwischen den Ausländern vor, je nachdem, ob sie sich legal auf dem Staatsgebiet aufhalten oder nicht. Seit dem Gesetz vom 30. Dezember 1992 präzisiert Artikel 57 § 2, daß sich die Sozialhilfe für Ausländer, die sich illegal auf dem Staatsgebiet aufhalten, auf dringende medizinische Hilfe beschränkt. Mit dieser Maßnahme soll eine bessere Übereinstimmung zwischen der Gesetzgebung bezüglich des Aufenthaltsstatus der Ausländer und derjenigen bezüglich der Sozialhilfe erreicht werden.

B.2.2. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, eine Politik bezüglich der Einreise ins Staatsgebiet, des Aufenthalts, der Niederlassung und des Entfernens von Ausländern durchzuführen und diesbezüglich unter Beachtung des Gleichheits- und Nichtdiskriminierungsgrundsatzes die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen, die sich u.a. auf das Festlegen der Voraussetzungen beziehen können, unter denen der Aufenthalt eines Ausländers in Belgien legal ist oder nicht. Daß sich daraus ein Behandlungsunterschied zwischen Ausländern ergibt, ist die logische Folge der Durchführung obengenannter Politik.

B.2.3. Die präjudiziellen Fragen beziehen sich auf die besondere Situation derjenigen, die einen Antrag auf Regularisierung gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember 1999 gestellt haben.

Bei der Entstehung dieses Gesetzes wurde während der Vorarbeiten mehrfach hervorgehoben, daß ein Antrag auf Regularisierung nichts am juristischen Aufenthaltsstatus der Betroffenen ändert und als solcher nicht zum Recht auf Sozialhilfe führt. Artikel 57 § 2 des ÖSHZ-Gesetzes wurde deshalb unverändert beibehalten (*Parl. Dok.*, Kammer, 1999-

2000, Dok. 50 0234/001, S. 5, und 0234/005, S. 60; *Ann.*, Kammer, 1999-2000, 24. November 1999, HA 50 plen. 017, SS. 7, 8, 18, 31 und 32; *Parl. Dok.*, Senat, 1999-2000, Nr. 2-202/3, S. 23).

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich nicht, daß sich das Recht auf Sozialhilfe für alle Personen, die einen Antrag auf Regularisierung eingereicht haben, während der Untersuchung ihres Antrags auf dringende medizinische Hilfe beschränkt. Demjenigen, der aufgrund einer anderen rechtlichen Grundlage entsprechend Artikel 57 § 1 des ÖSHZ-Gesetzes Sozialhilfe erhält, bleibt dieses Recht während des Regularisierungsverfahrens erhalten.

B.2.4. Die präjudiziellen Fragen beziehen sich auf die Personen, die einen Antrag auf Regularisierung gestellt haben und den Verweisungsrichtern zufolge unter die Anwendung von Artikel 57 § 2 des ÖSHZ-Gesetzes fallen; sie stützen sich auf die Interpretation, der zufolge der Aufenthaltsstatus der betreffenden Ausländer illegal im Sinne dieser Bestimmung ist. Dem Hof wird die Frage vorgelegt, ob diese Bestimmung, dahingehend interpretiert, daß sie auch anwendbar ist auf die illegal im Staatsgebiet sich aufhaltenden Ausländer, die einen Antrag auf Regularisierung eingereicht haben, gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstößt.

B.3.1. Der Verweisungsrichter in der Rechtssache Nr. 1964 befragt den Hof darüber, ob Artikel 57 § 2 des ÖSHZ-Gesetzes gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstößt, insoweit diese Bestimmung auch auf die Kategorie von Personen anwendbar ist, die gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember 1999 einen Regularisierungsantrag eingereicht haben und sich illegal auf dem Staatsgebiet aufhalten, die aber aufgrund von Artikel 14 dieses Gesetzes nicht effektiv entfernt werden, solange ihr Antrag untersucht wird, während den Ausländern, die sich legal im Königreich aufhalten, und den Ausländern, deren Asylantrag abgewiesen wurde und die gegen die bestätigende Verweigerungsentscheidung des Generalkommissars für Flüchtlinge und Staatenlose oder gegen die Verweigerungsentscheidung des Ständigen Widerspruchsausschusses für Flüchtlinge beim Staatsrat Klage erhoben haben, wohl Sozialhilfe bewilligt werden kann.

B.3.2. Aus den Vorarbeiten zum Gesetz vom 22. Dezember 1999 wird ersichtlich, daß ein Gleichgewicht angestrebt wurde zwischen einerseits der Sorge um eine humane und

definitive Lösung für eine große Gruppe von Ausländern, die sich illegal auf dem Staatsgebiet aufhielten, und andererseits der Sorge um die Kontrollierbarkeit der Anträge im Hinblick auf den Erfolg dieser umfangreichen Operation (*Parl. Dok.*, Kammer, 1999-2000, Dok. 50 0234/001, SS. 3-10, und 0234/005, SS. 5-16).

B.3.3. Der Gesetzgeber hat sich nicht für eine automatische Regularisierung entschieden, wohl aber für ein Verfahren, bei dem von Fall zu Fall untersucht wird, ob die gesetzlich festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Der Gesetzgeber hat, indem er nicht vorsah, daß das Einreichen eines Regularisierungsantrags zur Sozialhilfe berechtigen würde, dem Regularisierungsantrag jede finanzielle Anziehungskraft nehmen wollen, um unberechtigte, nur der Sozialhilfe wegen eingereichte Anträge abzuwehren und zusätzliche illegale Einwanderung zu bekämpfen (s. *Parl. Dok.*, Kammer, 1999-2000, Dok. 50 0234/001, S. 10, und 0234/005, SS. 13, 60 und 65; *Ann.*, Kammer, 1999-2000, 24. November 1999, HA 50 plen. 017, SS. 31 und 32; *Parl. Dok.*, Senat, 1999-2000, Nr. 2-202/3, SS. 4 und 6).

B.3.4. Der Gesetzgeber kann Maßnahmen ergreifen, um Verfahrensmißbrauch zu bekämpfen, und er kann auch aus Haushaltsgründen verpflichtet werden, sich für eine bestimmte Politik zu entscheiden. Der Hof muß jedoch prüfen, ob die politische Entscheidung des Gesetzgebers keine Diskriminierung zur Folge hat.

B.3.5. Das Recht auf Sozialhilfe ist nur für die Personen auf dringende medizinische Hilfe beschränkt, die einen Antrag auf Regularisierung gestellt haben und sich während der Entstehung des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 illegal auf dem Staatsgebiet aufhielten, entweder indem sie sich unerlaubt Einreise ins Staatsgebiet verschafft hatten und sich verborgen gehalten hatten, oder indem sie sich über den ihnen zugestandenen Zeitraum hinaus auf dem Staatsgebiet aufhielten, oder indem sie nach Einreichung eines Asylantrags ausprozessiert waren und der Anweisung zum Verlassen des Staatsgebiets nicht Folge geleistet haben.

In den Vorarbeiten wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß der Regularisierungsantrag nichts am juristischen Aufenthaltsstatus der Betroffenen ändert (*Parl. Dok.*, Kammer, 1999-2000, Dok. 50 0234/005, S. 60, und *Parl. Dok.*, Senat, 1999-2000, Nr. 2-202/3, SS. 36 und 58). Daß man nicht « effektiv » dazu übergehen wird, sie während der Untersuchung ihres

Regularisierungsantrags vom Staatsgebiet zu entfernen, beinhaltet nur, daß sie in Erwartung einer Entscheidung auf dem Staatsgebiet geduldet werden und ändert nichts daran, daß sie sich aufgrund ihres eigenen Handelns in einer ungesetzlichen Aufenthaltssituation befinden.

Ihre Situation unterscheidet sich objektiv von der Situation jener, die, vor der Entstehung des Gesetzes vom 22. Dezember 1999, aufgrund der dafür geeigneten Verfahren einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten hatten oder vor den zuständigen Instanzen noch einen Asylantrag anhängig hatten.

B.3.6. Wenn der Gesetzgeber eine Ausländerpolitik führen will und im Hinblick darauf Vorschriften auferlegt, die für einen legalen Aufenthalt auf dem Staatsgebiet eingehalten werden müssen, dann erhält er ein objektives und sachdienliches Unterscheidungskriterium aufrecht, wenn er die Einhaltung oder Nichteinhaltung dieser Vorschriften mit Folgen hinsichtlich der Bewilligung von Sozialhilfe verknüpft.

Die Politik hinsichtlich der Einreise ins Staatsgebiet und des Aufenthalts von Ausländern würde nämlich durchkreuzt werden, wenn man davon ausginge, daß für illegal in Belgien sich aufhaltende Ausländer diesbezüglich die gleichen Bedingungen gelten müßten wie für legal in Belgien sich aufhaltende Ausländer.

B.3.7. Die in der präjudiziellen Frage aufgeführten Kategorien von Personen unterscheiden sich auch voneinander hinsichtlich der Verpflichtungen, die den Behörden für sie obliegen.

Das Verfahren zur Anerkennung des Status als Flüchtling paßt in den Rahmen der internationalen Verpflichtungen, die der Staat übernommen hat. Das Regularisierungsverfahren hingegen stellt eine Maßnahme dar, die unter die souveräne Ermessensbefugnis des belgischen Staates fällt. Auch dieser Unterschied rechtfertigt, daß dem Staat hinsichtlich beider Kategorien von Ausländern nicht die gleichen Verpflichtungen auferlegt werden.

B.3.8. Die Regularisierung bietet den betreffenden Ausländern eine Möglichkeit, trotz ihres illegalen Aufenthalts oder trotz der Ausschöpfung vorher bestehender Verfahren doch

noch einen legalen Aufenthaltsstatus zu erhalten und somit auch das Recht auf Sozialhilfe gemäß Artikel 57 § 1 des ÖSHZ-Gesetzes zu erwerben. In der Zwischenzeit wird ihnen dringende medizinische Hilfe gewährleistet. Sie können außerdem aufgrund des Rundschreibens vom 6. April 2000 über die vorläufige Beschäftigungserlaubnis für ausländische Staatsangehörige, die einen Antrag auf Regularisierung des Aufenthalts eingereicht haben, in der durch das Rundschreiben vom 6. Februar 2001 abgeänderten Fassung, eine zeitweise Beschäftigungserlaubnis erhalten und so für ihren Unterhalt sorgen.

Unter Berücksichtigung des Vorhergehenden ist es nicht deutlich unvernünftig, daß in Erwartung des Abschlusses des Regularisierungsverfahrens - und solange aus diesem Grunde nicht feststeht, daß die Regularisierungsbedingungen erfüllt sind - die dem Antragsteller gewährleistete Sozialhilfe somit beschränkt bleibt.

B.4.1. In den anderen präjudiziellen Fragen wird dem Hof die Frage vorgelegt, ob Artikel 57 § 2 des ÖSHZ-Gesetzes gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstößt, in Verbindung oder nicht mit den Artikeln 23 und 191 der Verfassung, mit Artikel 11 Absatz 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und mit Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, indem innerhalb der Kategorie von Ausländern kein Unterschied vorgenommen wird zwischen den illegalen Ausländern, die vom Staatsgebiet entfernt werden können, und denjenigen, die aufgrund von Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 nicht effektiv entfernt werden.

B.4.2. Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 hat zur Folge, daß die Ausländer, die einen Antrag auf Regularisierung eingereicht haben, während dieses Verfahrens auf dem Staatsgebiet geduldet werden, ohne denjenigen unter ihnen, die sich illegal auf dem Staatsgebiet aufhalten, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Wenn zuvor den Betreffenden die Anweisung zum Verlassen des Staatsgebiets erteilt worden war, bleibt diese Anweisung gültig, auch wenn nicht effektiv zur Zwangsvollstreckung übergegangen wird (*Parl. Dok.*, Kammer, 1999-2000, Dok. 50 0234/001, S. 18).

B.4.3. Es wäre nicht vernünftig gewesen, illegal auf dem Staatsgebiet sich aufhaltende Ausländer, die sich in vielen Fällen heimlich auf dem Staatsgebiet aufhalten, aufzufordern, sich durch Einreichung eines Regularisierungsantrags zu offenbaren, ohne ihnen die Garantie

zu geben, daß sie « effektiv » nicht entfernt würden. Es ist jedoch auch ebensowenig vernünftig zu behaupten, die Gewährung dieser Garantie sei verfassungsmäßig nur möglich, wenn sie mit der Erteilung eines Rechts auf Sozialhilfe einhergehe, auch wenn nicht feststehe, daß sie die Regularisierungsbedingungen nicht erfüllen würden. Die Personen, die einen Antrag auf Regularisierung gestellt haben und für die die Hilfe sich auf dringende medizinische Hilfe beschränkt, sind Ausländer, deren Verhalten mit der bestehenden Aufenthaltsregelung nicht vereinbar ist, da sie die Anweisung zum Verlassen des Staatsgebiets nicht befolgt haben oder die Genehmigung zum Aufenthalt auf dem Staatsgebiet nicht erhalten haben oder nicht beantragt hatten.

Bis zum Abschluß des Regularisierungsverfahrens unterscheidet sich ihre Aufenthaltssituation juristisch nicht von derjenigen der anderen Ausländer, die sich illegal auf dem Staatsgebiet aufhalten, so daß ihre hinsichtlich der Sozialhilfe gleiche Behandlung nicht unvernünftig ist. Das Gesetz vom 22. Dezember 1999 bietet den Betroffenen eine Möglichkeit, die verlangte Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, auch wenn sie möglicherweise die früher bestehenden Verfahren ergebnislos ausgeschöpft haben. Aus den unter B.3.8 dargelegten Gründen kann die beanstandete Maßnahme nicht als unverhältnismäßig zu den vom Gesetzgeber angestrebten Zielsetzungen angesehen werden.

B.5. Dem Wortlaut der präjudiziellen Fragen in den Rechtssachen Nr. 2016 bis 2021 zufolge wird der Hof ebenfalls gebeten, die beanstandete Bestimmung an den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit den Artikeln 23 und 191 der Verfassung, mit Artikel 11 Absatz 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und mit Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu messen. Diese Überprüfung führt im vorliegenden Fall zu keinen anderen Schlußfolgerungen.

B.6. Die präjudiziellen Fragen müssen verneinend beantwortet werden.

In Hinsicht auf die zweite präjudizielle Frage in der Rechtssache Nr. 2022

B.7. Diese Frage lautet:

« Verstößt Artikel 57 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, so wie er durch Artikel 65 des Gesetzes vom 15. Juli 1996 und durch die am 22. April 1998, am 21. Oktober 1998 und am 30. Juni 1999 vom Schiedshof verkündeten Urteile abgeändert wurde, gegen die Artikel 10 und 11, in Verbindung mit den Artikeln 23 und 191 der belgischen Verfassung, wenn er dahingehend ausgelegt wird, daß er eine unterschiedliche Behandlung der Ausländer, die einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling eingereicht haben, der aber abgewiesen wurde, und denen eine Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, erteilt worden ist, solange die Klagen, die sie beim Staatsrat gegen die Entscheidung des Generalkommissars für Flüchtlinge und Staatenlose gemäß Artikel 63/3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 oder gegen die Entscheidung des Ständigen Widerspruchsausschusses für Flüchtlinge erhoben haben, nicht erledigt sind, einerseits und der Ausländer, denen eine Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, erteilt worden ist, etwa nach einem vom Ausländeramt gefaßten Beschluß zur Aufenthaltsverweigerung, und die beim Staatsrat gegen diese Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen, Klage erhoben haben, nicht aber gegen die vorherige Entscheidung der zuständigen Behörde, durch welche der Aufenthalt in Belgien verweigert wurde, andererseits vorsieht? »

B.8. Wie der Hof schon im Urteil Nr. 43/98 vom 22. April 1998 geurteilt hat, muß Artikel 57 § 2 des ÖSHZ-Gesetzes so lange als nicht anwendbar auf den Ausländer, der einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling gestellt hat, dessen Antrag abgewiesen worden ist und der eine Anweisung zum Verlassen des Staatsgebiets erhalten hat, interpretiert werden, wie die von ihm beim Staatsrat gegen die vom Generalkommissar für Flüchtlinge und Staatenlose in Anwendung von Artikel 63/3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 getroffene Entscheidung oder gegen die Entscheidung des Ständigen Widerspruchsausschusses für Flüchtlinge erhobenen Klagen nicht erledigt sind.

Der betroffene Ausländer muß folglich die ihm zur Verfügung gestellten Rechtsmittel effektiv anwenden.

Der dem Hof vorgelegte Behandlungsunterschied beruht auf einem Vergleich zwischen zwei Kategorien von Ausländern, wobei die Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Kategorie davon abhängt, ob die den Betroffenen frei zur Verfügung gestellten Rechtsmittel angewandt werden oder nicht. Ein solcher Behandlungsunterschied, der darauf zurückzuführen ist, daß die möglichen Rechtsmittel nicht ausgeschöpft wurden, kann nicht als unvereinbar mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung angesehen werden.

B.9. Die präjudizielle Frage muß verneinend beantwortet werden.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

erkennt für Recht:

- Artikel 57 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, abgeändert durch die Gesetze vom 30. Dezember 1992 und 15. Juli 1996, verstößt nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, in Verbindung oder nicht mit den Artikeln 23 und 191 der Verfassung, mit Artikel 11 Absatz 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und mit Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, dahingehend interpretiert, daß das Recht auf Sozialhilfe für den auf dem Staatsgebiet illegal sich aufhaltenden Ausländer, der aufgrund des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 einen Antrag auf Regularisierung eingereicht hat, bis zur Regularisierung seines Aufenthalts auf dringende medizinische Hilfe beschränkt bleibt.

- Artikel 57 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, abgeändert durch die Gesetze vom 30. Dezember 1992 und 15. Juli 1996, verstößt nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, in Verbindung oder nicht mit den Artikeln 23 und 191 der Verfassung, insoweit das Recht auf Sozialhilfe für den auf dem Staatsgebiet illegal sich aufhaltenden Ausländer, der beim Staatsrat eine Klage gegen eine Anweisung zum Verlassen des Staatsgebiets eingereicht hat, auf dringende medizinische Hilfe beschränkt wird.

Verkündet in niederländischer und französischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 30. Oktober 2001.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) H. Boel